

die erhöhte Einstellung von Auszubildenden lösen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Vogt, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Mit dem Brandschutzbedarfsplan ist es ja so eine Sache, darauf warten wir schon länger. Können Sie mir sagen, ob Sie einen konkreten Zeitplan haben, wann er uns zur Beschlussfassung vorliegt und auch das entsprechende Personalsoll dann im Grunde bekannt ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich kann Ihnen erst einmal sagen, dass der Senat heute die Ausbildungszahlen für die Feuerwehr und ebenso für die Polizei für das Jahr 2015 bereits beschlossen hat. Diese Zahlen führen dazu, dass die personelle Verstärkung der Feuerwehr massiv voranschreitet. Wenn man sich die Zahlen anschaut, hatten wir im Jahr 2011 476 Beamtinnen und Beamte, im Jahr 2014 waren es bereits 516 Beamtinnen und Beamte, also es gab einen Anstieg um 40 Personen. Wenn wir jetzt das realisieren, was heute beschlossen worden ist, dann liegen wir im Jahr 2017, wenn die Personen aus der Ausbildung kommen, bereits bei 550 Beamtinnen und Beamten.

Diese personelle Entwicklung führt dazu, dass wir das Kardinalproblem der Feuerwehr lösen können, das heißt, die sehr vielen Überstunden, die sich seit Jahren entwickelt haben. Mit dieser personellen Ausstattung sind wir dann in der Lage, die Zahlen zu halbieren, das heißt, wir sprechen dann nicht mehr über 60 000 Überstunden, sondern wir liegen deutlich unter 30 000 Überstunden, und das ist, denke ich, der erste Schritt in die richtige Richtung. Wir werden das Brandschutzkonzept bis zum Ende dieses Jahres beraten und dann dem Senat zur Entscheidung vorlegen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt den Titel „**Gesundheitsversorgung in Gröpelingen sicherstellen**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonther, Frau Dr. Mohammadzadeh, Schmidtman, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Dr. Kappert-Gonther!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Kenntnisse hat der Senat über die Gesundheitsversorgung durch Haus- und Fachärzte und Haus- und Fachärztinnen in Gröpelingen?

Zweitens: Hält der Senat die Gesundheitsversorgung in Gröpelingen für ausreichend?

Drittens: Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um die Gesundheitsversorgung der Gröpelinger Bevölkerung auch in Zukunft zu sichern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Schulte-Sasse.

Senator Dr. Schulte-Sasse: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfragen wie folgt:

Zu Frage 1 bis 3: Die Versorgung der Bevölkerung durch die entsprechenden Arztgruppen ist im Fünften Buch Sozialgesetzbuch geregelt. Bei der Erarbeitung der Bedarfsplanungsrichtlinie durch den Gemeinsamen Bundesausschuss, als Konkretisierung der gesetzlichen Regelung, wirken die Länder beratend mit. Die konkrete Umsetzung vor Ort erfolgt sodann über die Landesausschüsse, in denen die für die Sozialversicherung zuständigen Obersten Landesbehörden beratend mitwirken. Der Einfluss der Länder auf die konkrete Bedarfsplanung ist demnach eher gering. Insgesamt ist der Planungsbereich der Stadt Bremen ärztlich überversorgt, gleichwohl sind die an der Bedarfsplanung Beteiligten verpflichtet, sich zumindest mit den Vorgaben und den Abweichungsmöglichkeiten bei regionalen Besonderheiten auseinanderzusetzen.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bremen ist in ihrer Einschätzung der regionalen Situation immer wieder zu dem Ergebnis gekommen, dass keine kleinräumigere Betrachtung des Planungsbereichs Stadt Bremen erforderlich ist. Sie hat dies gegenüber dem Senator für Gesundheit mehrfach ausführlich begründen müssen. Die Begründung ist im Rahmen der Rechtsaufsicht der Landesbehörde nicht zu beanstanden. Insofern liegen im Land Bremen keine weitergehenden Informationen zu kleinräumigeren, stadtteilbezogenen ärztlichen Versorgungsbedarfen vor. Es ist daher möglich, dass es zu einer stark unterschiedlichen Verteilung von Arztpraxen im Stadtgebiet Bremen kommt.

Aufgrund der eingangs beschriebenen Systematik sind die Handlungsmöglichkeiten des Senators für Gesundheit hier jedoch eng begrenzt. Handlungsoptionen zur Vermeidung einer stark unterschiedlichen Verteilung von Arztpraxen in den Stadtteilen liegen bislang ausschließlich in den

Händen der Kassenärztlichen Vereinigung. Die für die Sicherstellung der Versorgung zuständige Kassenärztliche Vereinigung hält die Versorgung im Stadtteil Gröpelingen für bedarfsgerecht. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Sind wir uns darin einig, dass es sinnvoll ist, dass die Haus- und vor allem auch die kinderärztliche Versorgung im Quartier stattfindet und diese auch für alle, also für die gesamte Bevölkerung, leicht und einfach zu erreichen ist, und dass man jemandem für eine fachärztliche Versorgung auch einmal längere Wege zumuten kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Ja, ich teile Ihre Haltung!

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Darf ich auch davon ausgehen, dass Sie darüber informiert sind, dass zunehmend in den innenstadtfernen Stadtteilen, wie in Gröpelingen, darauf bezieht sich ja die Frage, aber auch in Bremen-Nord und im Bremer Osten, es zunehmend zu einer Reduktion der haus- und kinderärztlichen Versorgung kommt, weil Kassenarztsitze, wenn die Kollegen die Altersgrenze erreicht haben, aufgekauft werden und in innenstadtnahen Zentren zusammengefasst werden? Kennen Sie diese Entwicklung?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Ich kenne diese Befürchtungen, und ich teile sie, aber bisher sind alle Versuche, diese Befürchtungen zu konkretisieren - durch Auswertung von Statistiken und Stellungnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen -, zu dem Ergebnis gekommen, dass es faktisch noch nicht zu einer solchen Entwicklung gekommen ist.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Teilen Sie die Auffassung der Kassenärztlichen Vereinigung an dem Punkt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Da es sich ja hier um die Frage konkreter Fakten handelt, muss ich passen, weil ich andere Fakten als die, die mir vorgetragen werden, nicht kenne.

Ich sage es vielleicht an dieser Stelle einmal ganz deutlich: Ich finde es bedauerlich, dass eine statistische Auswertung in kleinräumiger Weise, was die Versorgung mit einzelnen Facharztgruppen angeht, bisher von der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen nicht durchgeführt wird und dass auch auf unsere Nachfragen hin erklärt wird, dass man eine solche kleinräumigere statistische Auswertung für Bremen und Bremerhaven nicht plant.

(Beifall bei der SPD)

Die Tatsache, dass solche Zahlen nicht vorliegen und vor uns selbst kaum in verlässlicher Weise erstellt werden können, erschwert die Debatte, die Sie hier aus meiner Sicht zu Recht beantragt haben.

(Beifall bei SPD)

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, dürfen wir davon ausgehen - wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gerade mitgeteilt, dass Sie auch eine kleinräumigere Planung der Zulassungsbezirke für sinnvoll halten, im Gegensatz zu dem, was derzeit in Bremen praktiziert wird -, dass Sie, obwohl Sie im Moment wenig Einflussmöglichkeiten darauf sehen, diese Idee immer wieder weiter im öffentlichen Raum und auch in Diskussionen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen vorantreiben werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Wir haben nur zwei Möglichkeiten, entweder haben wir eine Rechtsgrundlage, die uns die Grundlage für ein Handeln gibt, das ist in diesem Fall nicht gegeben, oder die damit verbundenen Probleme müssen öffentlich thematisiert werden, und die Meinungsbildung in der gesamten Stadt muss so gestaltet werden, dass eine andere Handlungsoption gar nicht mehr besteht.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Brumma! - Bitte sehr!

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Senator, die Bedarfsermittlungszahlen der KV sind doch schon älteren Ursprungs, oder wie sehen Sie das?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Nein, die KV erhebt die Daten immer auf den Planungsbezirk bezogen, also die gesamte Stadt Bremen und zweiter Planungsbezirk Stadt Bremerhaven, immer aktuell. Auf der Basis der aktuellen Daten wird dann in Bezug auf die Daten des Gemeinsamen Bundesausschusses, was die ausreichende Versorgung mit bestimmten Arztgruppen angeht, entweder eine Überversorgung oder keine Überversorgung konstatiert.

Auf den gesamten Planungsbezirk Bremen bezogen liegt in fast allen Arztbereichen eine Überversorgung vor, das heißt aber nicht - so ist ja eben die Debatte geführt worden -, dass wir bei einer kleinräumigeren Betrachtung nicht zu einer vollständig anderen Sichtweise kommen. Genau in dieser Differenz liegt eigentlich das Problem!

Präsident Weber: Herr Kollege Brumma, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Brumma** (SPD): Können Sie den gegenwärtigen Sachstand auf der Bundesebene nennen? Wird diskutiert, eine kleinräumigere Entwicklung zu fördern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Es gab ja eine intensive Debatte zu dieser Problematik, unter anderem im Übrigen auch von Bremen auf der Ebene des Bundesrates initiiert und mitbefördert. Das Ergebnis dieser Debatte war, dass der Bundesgesetzgeber, der vorher gar keine Ausnahmen erlaubte, jetzt seit - wenn ich das von dem Zeitraum her richtig sehe - drei oder vier Jahren eine kleinräumigere Betrachtung der Planung ermöglicht. Das ist eine gesetzliche Option, die vor Ort genutzt oder auch nicht genutzt werden kann, aber entschieden wird dies von den Kassenärztlichen Vereinigungen selbst.

Der Streit, der im Moment ja darüber geht, lautet: Sollte man nicht zumindest wissen, wie die ärztliche Versorgung bei einer kleinräumigeren Betrachtung denn aussieht, ob zum Beispiel die Dichte von Hausärzten oder Kinderärzten in Gröpelingen oder Osterholz vergleichbar mit der in Schwachhausen ist, und wenn es Unterschiede gibt, sollte man dann nicht zumindest auch öffentlich debattieren können, ob dies im Hinblick auf die Versorgungsqualität darstellbare und nachvollziehbare Differenzen sind? Erst dann kann man sich ja die Meinung bilden, dass die Bedarfsplanung und Zulassungssteuerung in Bremen

sachgerecht und im Interesse der gesamten Bevölkerung ist.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Schlenker! - Bitte sehr, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Sieht der Senator neben der rein auf Zahlen basierenden Stellungnahme den Gesichtspunkt, dass eine deutlich erhöhte Betreuungsintensität für Stadtteile erforderlich wäre, die - ausweislich des Bremer Armuts- und Reichtumsberichts -, unter einer erhöhten Krankheitslast und vorzeitiger Sterblichkeit leiden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Herr Dr. Schlenker, ich teile das, was Sie jetzt gerade fragen, ausdrücklich! Unter medizinischen Gesichtspunkten und unter bevölkerungsmedizinischen Gesichtspunkten vor allem, wäre eher eine höhere Arztdichte in den sozial benachteiligten Stadtteilen sinnvoll, als in den sozial gut aufgestellten Stadtteilen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Realität ist allerdings genau umgekehrt, und das hat natürlich mit unterschiedlichen Gründen zu tun, erstens mit der Frage der Inanspruchnahme der Praxen, das hängt wiederum von der Entfernung zwischen dem Wohnort und der Praxis ab, und zweitens natürlich auch mit dem Vorhandensein von privatversicherten Patienten, die ja über die Stadt verteilt auch unterschiedlich konzentriert wohnen.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Senator, stimmen Sie mit mir darin überein, dass bei einer kleinräumigeren Betrachtung die KV zu dem Schluss kommen müsste, dass unter anderem auch in Bremen-Nord eine deutliche Unterversorgung an entsprechenden Praxen besteht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Ich habe keine Zahlen, die mir erlauben, Ihre These zu bestätigen, erst recht nicht in einer öffentlichen Sitzung, aber ich möchte es noch einmal wiederholen: Die Tatsache, dass wir in Bremen-Nord Wohnbereiche haben, in denen der Bedarf an einer guten medizinischen Versorgung besonders hoch ist, lässt

mich vermuten, dass dieser Bedarf auch in Bremen-Nord nicht gedeckt wird!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Eine nicht sehr ernst gemeinte, aber dennoch nicht nur witzige Frage! Vertrauen Sie meiner Wahrnehmung als Nordbremerin?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Als menschenfreundlicher Senator vertraue ich grundsätzlich allen Wahrnehmungen, unabhängig davon, ob sie realistisch sind oder nicht!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Graffiti-Beschädigung am UNESCO-Weltkulturerbe Bremer Rathaus**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat den bei Studentenprotesten im Sommer 2014 entstandenen Schaden durch Graffiti an der Fassade des Bremer Rathauses?

Wann und in welcher Weise werden die immer noch erkennbaren Spuren an der Rathausfassade beseitigt?

Wie hoch sind die Kosten für die Beseitigung, und wer zahlt diese Kosten?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Joachim.

Staatsrat Dr. Joachim: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfragen wie folgt:

Zu 1: Der Schaden entstand im Zusammenhang mit den studentischen Aktionen gegen den am 5. August 2014 vom Senat beschlossenen Wissenschaftsplan. Der Senat missbilligt den durch Graffiti entstandenen Schaden an der Rathausfassade.

Zu 2: Die Reste der Graffiti-Beschädigung konnten mit einem Hochdruckreiniger bis auf die noch

sichtbaren Schatten reduziert werden. Der aktuelle Schaden ist aufgenommen und wird in Absprache mit dem Landesamt für Denkmalpflege und nach Begutachtung durch die amtliche Materialprüfungsanstalt, MPA, der Freien Hansestadt Bremen von einem Steinmetz mit einem biologisch abbaufähigen Abbeizmittel behandelt. Die Durchführung der Arbeiten erfolgt nach dem Freimarkt.

Zu 3: Bisher sind Kosten von 160,65 Euro entstanden. Für die Abbeizarbeit liegt ein Kostenvoranschlag in Höhe von 257,04 Euro vor. Nach Abschluss der Arbeiten werden die Kosten dem Verursacher in Rechnung gestellt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Rohmeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wollen Sie andeuten, dass bei allen gutachterlichen Tätigkeiten und der Oberaufsicht der Materialprüfungsanstalt, die Sie eben geschildert haben, bisher tatsächlich Kosten von insgesamt 400 Euro in Rede stehen? An wen muss man sich als Bürger wenden, um eine so günstige Handwerkerrechnung gegebenenfalls erlangen zu können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Andeuten möchte ich das nicht, sondern das sind in der Tat die entstandenen Kosten von 160,65 Euro gemäß dem vorliegenden Kostenvoranschlag. Die sonstigen behördlichen Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieses ärgerlichen Vorfalles entstanden sind, sind hier nicht beziffert.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Die behördlichen Kosten werden somit nicht in Rechnung gestellt, und der Verursacher ist auch namentlich bekannt, sodass es auch einen Rechnungsempfänger gibt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Der Verursacher ist bekannt, die Senatskanzlei hat auch einen Strafantrag gestellt, das Strafverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Insofern wird nach diesem entsprechenden Ablauf der namentlich bekannten Person eine Rechnung geschrieben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!